

Das Schicksal von Tausenden steht auf der Kippe

Susanne Stephan

Aktueller Amnesty-Lagebericht zu Afghanistan

„Afghanistan: Taliban hebeln Menschenrechte aus“ – unter dieser Überschrift veröffentlichte Amnesty International auf seiner Homepage am 21.9.21 eine Presseerklärung über die Lage im Land. Der Text bezieht sich auf ein am selben Tag veröffentlichtes Briefing „The fate of thousands hanging in the balance: Afghanistan’s fall in the hands of the Taliban“.

Darin dokumentieren Amnesty zusammen mit der Internationalen Föderation für Menschenrechte und der Weltorganisation gegen Folter das Vorgehen der Taliban von der Eroberung Kabuls am 15. August bis zum 18. September. Grundlage des Lageberichts sind neben Berichten anderer Organisationen und internationaler Medien zahlreiche Interviews, die mit Menschenrechtsverteidiger*innen, Journalist*innen, Regierungsmitarbeiter*innen und einem Researcher geführt wurden.

Entgegen den wiederholten Beteuerungen der Taliban, die Rechte der Afghan*innen zu respektieren, werden hier zahlreiche Menschenrechtsverletzungen nachgewiesen. Zwar waren auch

die letzten 20 Jahre von Gewalt gekennzeichnet, aber es gab auch positive Errungenschaften im Bereich der Menschenrechte, die von den Taliban zurzeit demontiert werden. Die Rechte von Frauen, die Meinungsfreiheit und die Zivilgesellschaft werden jetzt erneut eingeschränkt. Besonders gefährdet sind zurzeit Menschenrechtsverteidiger*innen, Journalist*innen, Politiker*innen, bisherige Regierungsmitarbeiter*innen und Angehörige religiöser und ethnischer Minderheiten. Das Ganze wird in dem Bericht noch als auf der Kippe stehend bezeichnet („hanging in the balance“), weil es noch wenig klare Aussagen oder neue Gesetze der Taliban gibt, die alltägliche Realität aber schon ein sehr düsteres Bild von der neuen Situation zeigt.

Frauenrechte ausgesetzt

So sagen die Taliban, dass sie innerhalb der Scharia die Frauenrechte anerkennen wollen, dass Mädchen irgendwann wieder in weiterführende Schulen gehen können; es gibt auch noch kein Arbeitsverbot für Frauen. Offiziell wird empfohlen, dass die Frauen zu Hause bleiben sollen, bis die Lage wieder sicher ist. Es gibt Frauen, die weiterhin arbeiten, es gibt aber auch viele Berichte von Frauen, die am Arbeitsplatz belästigt werden, die ausgeschlossen und nach Hause geschickt werden.

Viele Frauen trauen sich aus Angst nicht mehr zur Arbeit zu gehen. Kleidervorschriften und strenge Geschlechtertrennung bestimmen das Leben der Frauen. Wann Mädchen wieder über die 4. Klasse hinaus in die Schule gehen können, ist ungewiss. Durch das allgemeine Klima der Angst tragen viele Frauen die Burka und verlassen das Haus nicht mehr ohne männlichen Begleiter. Sie haben auch andere Aktivitäten eingestellt, um Gewalt-

und Vergeltungsmaßnahmen aus dem Weg zu gehen.

Im Kabinett, das am 7.9. vorgestellt wurde, sind keine Frauen. Es gibt auch kein Frauenministerium mehr. Es wird versucht, Frauen von der Politik fernzuhalten. Politikerinnen, die das Land verlassen, müssen mit Repressalien für ihre Familien rechnen.

In vielen Städten Afghanistans gab es im August und Anfang September Demonstrationen von Frauen. Einige davon konnten durchgeführt werden, mehrere wurden gewaltsam unter Anwendung von Schlagstöcken und Tränengas unterdrückt. Am 8. September wurden Demonstrationen verboten.

Große Angst herrscht auch bei LGBTI-Personen, auch wenn es bisher keine Äußerung der Taliban dazu gibt. Sie fürchten für gleichgeschlechtliche Beziehungen eine Wiedereinführung der Todesstrafe, die seit 2001 nicht mehr angewandt wurde.

Angriffe auf Menschenrechtler*innen und Journalist*innen

Besonders stark zeigt sich die Bedrohung bei Menschenrechtsverteidiger*innen und Journalist*innen. Seit dem 15. August werden beinahe täglich Angriffe auf Menschenrechtsverteidiger*innen gemeldet. Die Taliban gehen auf der Suche nach ihnen von Tür zu Tür, weshalb sich viele verstecken müssen. Sie leben in ständiger Gefahr von Festnahmen, Folter und Schlimmerem. Der Stand all derer, die sich für Menschenrechte, Gendergerechtigkeit, Rechtsstaatlichkeit und Demokratie einsetzen, war auch in den Jahren davor nicht leicht und begann sich schon vor dem Abzug der US-Truppen zu ver-

schlechtern. Sie werden als Feinde der Taliban angesehen und von allen Seiten bedroht und angegriffen. Diese Einschätzung richtet sich auch gegen NGOs. Ihre Büros werden durchsucht, geplündert, ihre Konten werden eingefroren.

Journalist*innen ergeht es ähnlich. Haben die Taliban noch auf einer ihrer ersten Pressekonferenzen die Meinungsfreiheit garantiert, so zeigte sich schon schnell eine andere Realität. Redakteur*innen, Journalist*innen und Medienschaffende wurden angewiesen, dass sie nur im Einklang mit der Scharia und unter islamischen Regeln und Vorschriften arbeiten dürfen. Es gibt Drohungen und Einschüchterungen; das Klima der Angst und Ungewissheit führt dazu, dass viele versuchen, das Land zu verlassen, oder ihren Beruf nicht mehr ausüben.

Eine weitere Gruppe Gefährdeter sind die Mitarbeiter*innen der bisherigen Regierung. Auch hier gaben sich die Taliban zunächst großzügig und versprachen ihnen eine Amnestie. Eine konkrete Umsetzung dieser Ankündigung erfolgte nicht. Sie, besonders Personen, die für die Polizei gearbeitet haben, sind den Vergeltungsmaßnahmen der Talibananhänger ausgeliefert.

Unter die im Bericht genannten Menschenrechtsverletzungen fallen auch Völkerrechtsverbrechen wie das gezielte Töten von Zivilist*innen und sich ergebenden Soldaten sowie die Blockade humanitärer Hilfslieferungen im Panjshir-Tal, wo die Kämpfe nach der Einnahme Kabuls noch weitergingen.

Lage der Flüchtenden

Der letzte Punkt des Lageberichts beschäftigt sich mit den Menschen, die Afghanistan verlassen wollen. Es werden die äußerst schwierigen Bedingungen genannt, den Flughafen zu erreichen. Zunächst versuchten Tausende über die Grenze nach Pakistan zu gelangen. Inzwischen sind die Grenzen der umliegenden Länder für Asylsuchende geschlossen und die Taliban unternehmen alles, um die Menschen von einer Grenzüberquerung abzuhalten. So geben sie z. B. keine Pässe mehr aus, die benötigt werden, um das Land offiziell zu verlassen. Die Flüchtenden sind auf Schleuser angewiesen, denen sie viel Geld bezahlen müssen.

Der Bericht zeigt anhand vieler einzelner Fälle, wie gefährdet viele Menschen in Afghanistan sind und wie viele Grund-

rechte schon nach kurzer Zeit stark eingeschränkt oder fast vollständig abgeschafft sind. Am Ende gibt er viele detaillierte Handlungsempfehlungen an die Nachbarstaaten und die Staaten, die bisher schon Afghanistan unterstützt haben, Menschen aus Afghanistan Schutz zu gewähren, an die UN, ihren Sicherheitsrat, ihren Menschenrechtsrat und den Internationalen Gerichtshof, die Menschenrechtsverletzungen zu untersuchen

und nicht straffrei geschehen zu lassen, und an die afghanischen Autoritäten, die Menschenrechte einzuhalten.

Quellen:

Presseerklärung: <https://www.amnesty.de/allgemein/pressemitteilung/afghanistan-taliban-hebeln-menschenrechte-aus>

Briefing: <https://www.amnesty.de/sites/default/files/2021-09/Amnesty-Briefing-Afghanistan-Taliban-Menschenrechtsverletzungen-September-2021.pdf>
Susanne Stephan engagiert sich ehrenamtlich bei Amnesty International in der Asyl-Gruppe in Kiel.

Stellungnahme zu dem dänischen Vorschlag, das Asylverfahren möglicherweise auszulagern



Das dänische Parlament hat einen Gesetzentwurf verabschiedet, der die Möglichkeit eröffnet, Asylsuchende und Flüchtlinge in ein Drittland zu überstellen – und damit das dänische Asylverfahren zu externalisieren. Der Dänische Flüchtlingsrat erklärt diese Idee am 3.6.2021 für unverantwortlich und unsolidarisch.

„Die Idee, die Verantwortung für die Bearbeitung der Asylanträge von Asylbewerbern auszulagern, ist sowohl unverantwortlich als auch unsolidarisch. Wir haben die dänischen Abgeordneten wiederholt aufgefordert, diesen Gesetzentwurf abzulehnen. Ähnliche Modelle wie das australische Modell oder die so genannten ‚Hotspots‘ auf den griechischen Inseln haben zu schwerwiegenden Vorfällen wie Inhaftierung, körperlichen Übergriffen, schleppenden Asylverfahren, fehlendem Zugang zu medizinischer Versorgung und fehlendem Zugang zu Rechtsbeistand geführt.“

Es ist auch noch sehr unklar, wie ein mögliches Aufnahmezentrum in einem Drittland verwaltet werden würde, auch im Hinblick auf die rechtliche Verantwortung Dänemarks für die Wahrung der Rechte von Asylbewerbern und Flüchtlingen und die Gewährleistung ihres Schutzes. Dies war auch eines unserer Hauptanliegen in Bezug auf den Gesetzentwurf, der nun leider ohne ausreichende Prüfung verabschiedet wurde. Denn das Parlament hat über einen Gesetzesentwurf abgestimmt, der den Weg für ein mögliches Asylverfahrensmodell ebnet, das es noch gar nicht gibt und von dem sie daher nicht wissen, was es tatsächlich beinhaltet. Das heißt, das Parlament hat quasi im Blindflug abgestimmt.

Gleichzeitig sendet Dänemark mit der Verabschiedung dieses Gesetzes ein äußerst problematisches Signal gegen die Solidarität mit unseren Nachbarländern in der EU und vor allem mit den oft ärmeren Ländern der Welt, die mit Abstand die größte Verantwortung für die Flüchtlinge in der Welt tragen. Die anhaltende Bereitschaft von Nachbarländern in Kriegs- und Konfliktgebieten, Millionen von Flüchtlingen aufzunehmen, ist keine Selbstverständlichkeit. Wenn ein reiches Land wie Dänemark nicht bereit ist, Verantwortung zu übernehmen, besteht ein erhebliches Risiko, dass Länder, die eine weitaus größere Zahl von Flüchtlingen aufnehmen, sich ebenfalls zurückziehen und die globalen Bemühungen um gemeinsame und nachhaltige Lösungen aufgeben.

Und schließlich trägt Dänemark mit dieser Idee nicht dazu bei, den weltweit wachsenden Bedarf an Schutz zu decken. Dieser Gesetzentwurf zielt in erster Linie darauf ab, Asylsuchende davon abzuhalten, einen Antrag in Dänemark zu stellen – ein Schritt, der weder ein Akt der Solidarität noch ein produktiver Beitrag zu dauerhaften Lösungen ist.“

Charlotte Slente, Generalsekretärin, Dänischer Flüchtlingsrat, <https://drc.ngo/>